

Auf dem Weg in **Gute Arbeit!**

Newsletter Arbeitsmarktpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

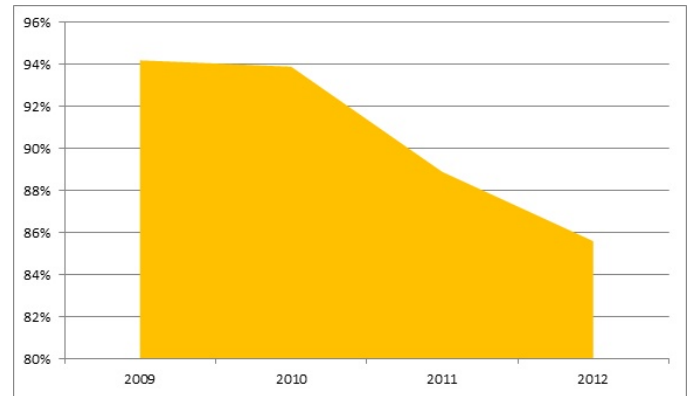
24. Mai 2013

Eingliederungstitel für die Betroffenen einsetzen!

Seit Jahren beklagen Betroffeneninitiativen und Träger das rigide Zusammenstreichen der Eingliederungstitel für Erwerbslose. Waren in Thüringen 2009 noch knapp 200 Millionen Euro im SGB III und fast 250 Millionen Euro im SGB II für die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt verfügbar, sanken diese Werte 2012 auf 85 bzw. 122 Millionen Euro. Damit sanken die verfügbaren Mittel im Verhältnis schneller als die Thüringer Arbeitslosenzahlen, der verfügbare Eingliederungstitel pro Kopf verringerte sich von ehemals 3.258 auf 2.084 Euro im genannten Zeitraum.

Es wäre naheliegend anzunehmen, dass aufgrund der gesunkenen Mittel die Agenturen und Jobcenter nun jeden verfügbaren Cent im Sinne der Erwerbslosen mobilisieren, um den Mittelrückgang auszugleichen. Weit gefehlt! Wie eine Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs. 5/6034) von mir belegt, befindet sich insbesondere die Ausschöpfung der Mittel im SGB II seit 2009 im fortgesetzten Sinkflug. So wurden 2009 im Thüringer Durchschnitt noch 94,2 Prozent der Mittel zur Eingliederung ausgeschöpft, 2012 waren es nur noch 85,6 Prozent (s. Grafik). Allein im Bereich des Arbeitslosengeldes II wurden 2012 damit 17,6 Millionen Euro nicht im Sinne der Thüringer Betroffenen genutzt.

Dabei ist es auffällig, dass hier riesige Disparitäten zwischen den verschiedenen Kommunen auftreten. Vergleicht man beispielsweise Jena und Weimar, so lässt sich feststellen, dass Jena mit etwa 2.500 und Weimar mit mehr als 2.000 SGB II-Empfängenden relativ nah beieinander liegen. Zugleich lässt sich feststellen, dass das Jobcenter Weimar 2012 99,5 Prozent der verfügbaren Eingliederungsmittel einsetzte, während das Jobcenter Jena nur 57,1 Prozent der Mittel abrief. Ein solcher Unterschied ist nur schwer nachvollziehbar. Liegt es eventuell daran, dass in Jena ein zugelassener kommunaler Träger und in Weimar eine gemeinsa-



Ausschöpfung des Eingliederungstitels SGB II in Thüringen

me Einrichtung am Werke sind? Liegt es am unterschiedlichen Portfolio der von Arbeitslosigkeit Betroffenen in beiden Städten? Die Landesregierung bleibt, wie so oft, eine Antwort schuldig.

Für DIE LINKE. im Thüringer Landtag steht fest, dass die praktische Umsetzung bei solchen offensichtlichen Disparitäten auf den Prüfstand gehört. Es kann nicht sein, dass der Mittelzugang für die Betroffenen von den "Launen" einzelner Jobcenter abhängig ist. Überschüssige Mittel müssen dazu herangezogen werden spezielle Angebote für Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen zu schaffen, wie sie – man höre und staune – in Thüringen gerade abgewickelt werden, weil es angeblich keine Bedarfe mehr gäbe. Die Zahlen sprechen hier eine andere Sprache. Erwähnt seien nur die 40.000 Thüringerinnen und Thüringer die seit der Hartz IV-Einführung 2005 ohne Pause im SGB II-Bezug hängen. Hier liegen für DIE LINKE Potentiale für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Schaffung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, in dem existenzsichernde Löhne mit gemeinwohlorientiertem Wirtschaften verbunden werden können. Hierfür wären die 17 Millionen Euro ein guter Ausgangspunkt.

Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

(Kurz-)Meldungen

LINKE Solidarität mit Einzelhandels-Beschäftigten

Am 24. Januar 2013 hatten die Arbeitgeberverbände ohne jede vorherige Ankündigung den bundesweiten Manteltarifvertrag im Einzelhandel gekündigt, weil dieser überholt sei. „Überholt sind aus Sicht der Arbeitgeber feste und reguläre Arbeitszeiten und Zuschläge bei Spät- und Nachtschicht. Stattdessen wollen sie eine weitere Flexibilisierung der Branche, um noch länger und billiger öffnen zu können. Flexibilisierung und Deregulierung sind jedoch Sackgassen, die den Beschäftigten schaden, um Profite weiter in die Höhe zu treiben“, schlussfolgert Ina Leukefeld.

Ab 1. Juni werden die Beschäftigten ihren berechtigten Forderungen mit Streiks Nachdruck verleihen. DIE LINKE unterstützt neben der Forderung nach der Reaktivierung des Manteltarifvertrages auch die Lohnforderung der Gewerkschaft Ver.di von einem Euro mehr pro Arbeitsstunde. Die Beschäftigten des Handels in Thüringen verdienen nach dem IAB-Betriebspanel 2011 nur 77 Prozent des westdeutschen Durchschnittslohnes in derselben Branche. „Jeder weiß, dass der Einzelhandel

ein klassisches Beispiel für Niedriglöhne und Aufstocker ist. Dies liegt nicht nur, aber auch, an der hohen Teilzeit- und Minijobquote. Hinzu kommen immer mehr Werkverträge, um noch die letzten Reste von Tarifbindung auszuhebeln. Prekäre Beschäftigung ist die Realität der meisten Beschäftigten im Handel und wenig überraschend trifft es mal wieder überproportional Frauen. Ein Plus von einem Euro ist das Mindeste in der Niedriglohnbranche Einzelhandel und noch weit von einem existenzsichernden Lohn für die meisten Beschäftigten entfernt. Auch deswegen wollen wir einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro die Stunde.“



Ina Leukefeld mit protestierenden Einzelhandels-Beschäftigten

TERMINE

- 31.05. 12-19 Uhr, Thüringen rockt! (mit Gregor Gysi und der Band "Karussell"), Anger Erfurt
- 04.06. 09.30 Uhr, Runder Tisch der sozialen Verantwortung, Erfurt
- 05.06. 10.30 Uhr, Fraktions-Livestream "Gesundheitsversorgung im ländl. Raum" (www.die-linke-thl.de)
- 07.06. 09.30 Uhr, Arbeitslosenfrühstück bei TALISA
- 11.06. 14 Uhr, Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, Thüringer Landtag
- 18.06. 14 Uhr, Fachgespräch zum Arbeits- und Gesundheitsschutz der Fraktion, Raum 440

	Stand (April 2013)	Veränderung zu Vormonat	Veränderung zu Vorjahr
Arbeitslosenquote (offiziell)	8,8 %	- 0,4 %	0,0 %
Arbeitslose gesamt	101.939	- 4,8 %	- 1,8 %
davon SGB III	38.056	- 9,8 %	+ 9,3 %
davon SGB II	63.883	- 1,5 %	- 5,2 %
davon Frauen (in %)	45,2 %		
Unterbeschäftigung*	135.455	- 3,3 %	- 1,1 %
Bedarfsgemeinschaften (BG)	109.908	- 0,2 %	- 3,8 %
Menschen in BG	187.701	- 0,3 %	- 4,5 %
Schwerbehinderte	6.823	- 0,6 %	+ 2,8 %
AL-Quote Ausländer	18,8 %	- 0,3 %	- 1,1 %